

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Zusagen einhalten - Wirtschaftshilfen schnell und unbürokratisch auszahlen

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass die Auszahlung der Wirtschaftshilfen nach wie vor sehr schleppend verläuft. Dies stellt zahlreiche Solo-Selbstständige und Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, die auf die Zusage unbürokratischer und schneller Hilfen durch Bundes- und Landesregierung in Zeiten der Corona-Pandemie vertraut haben, vor existenzielle Herausforderungen.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. sich weiterhin auf Bundesebene energisch für die zügige Auszahlung der Wirtschaftshilfen einzusetzen.
 2. unverzüglich die Möglichkeit der unbürokratischen Vorfinanzierung der Wirtschaftshilfen durch das Land zu prüfen und mit dem Bund in Verhandlung mit dem Ziel einzutreten, die genauen Modalitäten der Abrechnung zu vereinbaren.
 3. das angekündigte Landesprogramm zur Unterstützung des Einzelhandels mittels einer einmaligen Pauschale schnellstmöglich aufzulegen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministeriums auf Nachfrage des Nordkuriers haben bei den Novemberhilfen insgesamt 280 000 Unternehmen 4,4 Milliarden Euro an Hilfen bundesweit beantragt. Lediglich 1,2 Milliarden Euro sind erst ausgezahlt worden. Ein ähnliches Bild lässt sich für die Dezemberhilfen zeichnen. Hier wurden 1,2 Milliarden Euro Hilfen beantragt, wobei 450 Millionen Euro ausgezahlt wurden. Diese Verzögerungen bei den Hilfen drängen viele Unternehmen an den Rand der Existenz. Es ist nicht absehbar, wann die angekündigten Hilfen überhaupt fließen. Die Vorfinanzierung durch das Land wäre eine Möglichkeit, um Abhilfe zu schaffen. Dabei muss auch hier auf unbürokratische und großzügige Regelungen geachtet werden.

Vor einer besonderen Situation steht auch der Einzelhandel, der von den außerordentlichen Wirtschaftshilfen ausgenommen ist. Eine zügige Auszahlung der Überbrückungshilfen und die schnelle Auflage der Hilfspauschalen sind zwingend notwendig, um ein Einzelhandelssterben in den Innenstädten, das bereits vor Corona schon eingesetzt hat, zu vermeiden.